

Lästige Bürger

MITBESTIMMUNG Bei der Agenda 21 sollen Bürger und Politiker zusammenarbeiten. In Neubau klappt das gerade wieder mal nicht. JULIA ORTNER

Sie sind gegen Straßen, gegen Fluglärm, gegen Hochhäuser und gegen Lokale – die zahlreichen Bürgerinitiativen der Stadt, Schrecken von Politikern, Planern und Architekten. Wie also aus bösen Bürgern brave Bürger machen? Mit Bürgerbeteiligung. Wiens Vorreitermodell für mehr Partizipation, die Agenda 21, versucht seit 1999, Politik, Verwaltung und Menschen im Bezirk näher zusammenzubringen. Ziel des Kommunalprojekts, das es mittlerweile schon in sechs Bezirken gibt: Bürger beteiligen sich in verschiedenen Gruppen aktiv und ehrenamtlich an den Entscheidungen im Bezirk. Sofern man sie lässt.

Denn auch wenn die Stadt ihre Agenda 21 gerne als visionäres Vorzeiprojekt verkauft – in der Praxis klappt die Sache mit der Mitbestimmung nicht immer. Wie jetzt gerade im

grün regierten Neubau. Hier arbeitet eine zehnköpfige Agenda-Gruppe an einem Projekt, das den Verkehr rund um den Andreaspark einschränken soll. Dazu planen die Bürger eine Fußgängerzone vor dem Spielplatz in der Andreasgasse. „Der Platz ist nur durch eine Betonmauer von der schmalen Gasse getrennt, die an Werktagen etwa 2000 Fahrzeuge passieren“, erklärt Matthias Till von der Agenda-Gruppe. Doch noch bevor der Vorschlag nächste Woche in die Steuerungsgruppe kommen konnte, in der Bürger und Politiker die Idee beurteilen, schrieben jetzt plötzlich zwei Bezirksblätter gegen den Vorschlag der Bürger an. Ihnen wurde darin vorgeworfen, „egoistische Eigeninteressen“ zu vertreten, auch SPÖ-Bezirksvorsteher-Stellverteter Rainer Husty kritisierte das Projekt in einem Artikel.

Obwohl die Agenda 21 von allen Bezirksparteien beschlossen wurde und die umstrittene Idee noch nicht einmal offiziell ist. „Wir haben alle viel Freizeit in dieses Projekt gesteckt und werden angefeindet wie eine lästige Bürgerinitiative. Das ist gegen die Agenda-Idee“, ärgert sich Till. Wozu ein Bürgerbeteiligungsprojekt, wenn die Praxis so aussieht? „Wir wollen die Bürger sicher nicht abschrecken, sich zu engagieren“, erklärt SPÖ-Politiker Husty. „Aber es sind eben zahlreiche andere Bewohner zu mir gekommen, und ich habe erfahren, dass ihre Meinungen bei dem Fußgängerzonen-Projekt nicht gehört wurden.“

Am Alsergrund gab es schon einmal einen Wickel rund um die Agenda 21.



„Egoistische Eigeninteressen“? Bürger planen eine Fußgängerzone vorm Andreaspark / Foto: K. Gossow

Im Rahmen des Bürgerbeteiligungsverfahrens kämpften engagierte Alsergrunder 2002 gegen die dichte Verbauung des ehemaligen Universitätssportplatzes Sensengasse, einem der letzten grünen Flecken im zugestrichelten Alsergrund. Das Bauprojekt lässt jetzt zwar mehr Freiräume als ursprünglich geplant, die Aktivisten sind aber nach wie vor unzufrieden mit der massiven Bebauung. Sie mussten erkennen, dass Bürger in Wien de facto nur mitbestimmen können, welche Bäume im Beserpark gesetzt werden. □